

Der Gefellschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ u. „Unsere Heimat“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn 4.180; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten u. Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Fortsetzungszeile oder deren Raum 15 S., Familien-Anzeigen 12 S.; Reklamezeile 45 S., Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gefellschaffter Nagold. In Fällen häßlicher Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch.-Kto. Stuttgart 5118

Nr. 116

gegründet 1827

Samstag, den 19. Mai 1928

Fernsprecher Nr. 29

102 Jahrgang

Seedt und die Freikorps

Berlin, 18. Mai. Im Anschluß an die letzten „Fememordprozesse“ veröffentlicht Generaloberst a. D. von Seedt in der „Deutschen Tageszeitung“ einen beachtenswerten Aufsatz über das Verhältnis der Freikorps, die seinerzeit gegen den Bolschewismus und gegen die polnischen Einfälle in Schlesien kämpften, zur Reichswehr: Man hätte die Fememordprozesse vermeiden müssen, weil sie nicht wirklicher Berechtigung dienen und politisch in hohem Grade schädlich wirken. Das durch diese Prozesse angerichtete Unheil liege darin, daß aus dem historisch begründeten und sachlich erklärlichen Gegensatz von Reichswehr und Freikorps sich ein Gegensatz zwischen der Reichswehr und denjenigen Kreisen entwickelte, die bisher durch die Pflege des Wehrgedankens sich der Reichswehr verbunden fühlten. Dieser Gegensatz beruhe auf einem Mißverständnis. „Daß das Freikorps R o b a c h durch Befehl der Heeresleitung (nach jenen Kämpfen) aufgelöst war, daß es kein Freikorps R o b a c h und kein Reichswehr-Jägerbataillon 37 rechtlich und formell mehr gab, daß also seine Angehörigen keine Reichswehroffiziere mehr waren, darüber konnte ein Zweifel nicht bestehen. Ob alle Stellen der Reichswehr ihr Verhalten nach diesem ihnen bekannten Befehl stets eingetriget haben, ob der Führer des Freikorps dafür gesorgt hat, daß diese neue Lage allen Angehörigen seines Korps zum Bewußtsein kam, kann ich heute nicht beurteilen. Etwas durchaus anderes ist es aber, wenn die Robbacher sich noch als „Soldaten“ fühlten, wenn man unter Soldat den versteht, der

unter Kommando seines Führers einer geschlossenen Gemeinschaft angehört, die zu militärischer Verwendung berufen ist. Robbach hatte die Führung seiner Leute nicht niedergelegt; der Verband der Robbacher blieb erhalten, auch wenn man ihn jetzt eine Arbeitsgemeinschaft nennen wollte. Die Angehörigen hatten wohl ein Recht, zu glauben, daß man sie noch einmal, vielleicht bald, wieder zu militärischer Verwendung aufrufen würde. Ich kann es zum mindesten begreiflich finden, wenn die Robbacher sich als Soldaten fühlten. Die zweite Frage ist die der Verantwortung der Reichswehr. Ich übernehme diese Verantwortung als der oberste militärische Führer der Reichswehr. Wer glaubt, daß ich oder einer meiner Untergebenen aus dieser Zeit einen Befehl, eine Anweisung zu einem Mord gegeben hat, ist ein Narr. Für alles aber, was im Bereich der Reichswehr während meiner Befehlsführung vorgekommen ist, trage ich die letzte Verantwortung. Ob es nun in meiner Macht lag, alles zu wissen und vieles zu hindern, kann und will ich nicht entscheiden; wer es kann, trete vor. Ob ich strafrechtlich verantwortlich bin, spielt gar keine Rolle; aber es soll mir niemand nachsagen dürfen, daß ich je eine Verantwortung verweigert hätte.“ Zum Schluß spricht Generaloberst von Seedt den Wunsch aus, daß in Zukunft alle, die zu diesen Fragen, sei es vor Gericht, sei es sonst in der Öffentlichkeit, Stellung nehmen, seine Worte beherzigen sollten.

Aus Stadt und Land

Nagold, 19. Mai 1928

Ich möchte nicht ein Sklave sein, ich möchte aber auch nicht sein Herr sein. Lincoln

Gehe wählen! Es ist dein Recht, somit deine Pflicht. Wer nicht wählt, hat kein Recht zur Kritik und verrät sein Vaterland!

Nehme unsere Wahlleitung der Mittwoch-Ausgabe zur Hand, damit du im Unwissensfalle weißt, wie du zu wählen hast und deine Stimme nicht als ungültig verloren geht.

Ein Wort zum Wahlsonntag

„Ihr seid das Salz der Erde“, so hat einst ein ganz Großer zu dem kleinen Häuflein seiner Anhänger gesagt. Das Wort hat gewirkt und wirkt noch heute. Seine Salzkraft ist noch nicht „damm“ geworden. Es ist ein Wort, das nicht an die Welt, sondern an die Christen in der Welt gerichtet war, ein Wort, das ihnen das Gegenteil von Aube bringt; denn Salz sein heißt salzen, anderes durchdringen, durchsetzen, aber auch opfern, sich hingeben.

Diese Salzkraft des Christentums sollte man auch im öffentlichen Leben verspüren. Die Trennung von Kirche und Staat hat erfreulicherweise viele aus dem lähmenden Traum gerissen, als sei schon von Staats wegen für den nötigen christlichen Einfluß auf die Politik Sorge. Die christlichen Kirchen nehmen nunmehr selbständig Stellung zu den Bewusstseinsfragen, die aus der Zerfetzung und dem Aufbau unseres Volkslebens erwachsen, und größeren christlichen Kreisen als bisher ist es zur heiligen Pflicht geworden, sich für den Schutz der Ehe, der Familie, der Jugend, der christlichen Erziehung, des Sonntags, für soziale Gerechtigkeit und Fürsorge für die Schwachen, für Bekämpfung von Volkschäden und Volksnöten in der Öffentlichkeit einzusetzen.

Vom christlichen Standpunkt gilt es daher ebenso wie vom staatsbürgerlichen: Wahrecht ist Wahlpflicht. Das bedeutet zwar keine parteimäßige Festlegung, wohl aber einen Aufruf, sich zu Volk und Staat auch als Christ zu bekennen und ihr Bestes redlich zu suchen. Manche fürchten freilich, ihre Seele nehme Schaden, wenn sie ihre politischen Pflichten erfüllen. Aber es ist gerade umgekehrt: die Christen und unser Volk nehmen Schaden, wenn sich das Christentum nicht in der Welt auswirkt. Christus selbst hat ein scharfes Wort gesprochen über das Salz, das nicht salzt. Weltlichliches Christentum und weltliches Christentum sind beide im gleichen Spital krank. Die Lösung gesunden Christentums ist: Kampf und Opfer.

Aus dem Parteileben

Wahlversammlung der Deutschnationalen (Württ. Bürger-) Partei

Wohl nicht so gut besucht wie die Dehlinger'sche Wahlversammlung, konnte doch der Spitzenkandidat der Deutschnationalen Partei, Stud. Rat Bruno Roos, vor einer stattlichen Anzahl Zuhörer sein Referat „4 Jahre Regierungspolitik in Reich und Land“ entwickeln. Sein Ausführungen waren bei einer glänzenden Rhetorik von einem glühenden, sympathischen Idealismus und zugleich mit einer klaren, wohl unantastbaren Sachlichkeit durchdrungen, die unbedingt für die Person Roos und seine von ihm vertretene Partei einnehmen mußte. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Herrn Wilhelm Theurer, führte der Referent aus, daß Politik treiben nicht Reden halten heißt, sondern Handeln oder die Voraussetzungen zum Handeln schaffen; beim Wählen gelte es nicht, Abgeordnete zu wählen, sondern eine Regierung zu bilden, die eine arbeitsfähige Mehrheit darstellen müsse, um politisch handeln zu können. Bei den kommenden Wahlen gehe es darum, wiederum eine bürgerliche Mehrheit zu sehen oder aber die Sozialdemokraten an der Regierung stets beteiligt zu wissen, d. h., daß die Sozialdemokratie die Macht ausübe und alles ihren Stempel aufdrücke. Also gibt es bei den Entscheidungen am Sonntag nur zweierlei: rechts oder links! Um sich ein Urteil zu einer persönlichen Wahlentscheidung bilden zu können, müsse man sich klar machen, was geleistet worden sei. Um auf die württembergische Politik einzugehen, so lägen dort die Dinge sehr klar, denn im Landtag habe eine wohl kleine, aber doch von ausgesprochenem Gemeinschaftsgefühl getragene, sich im wesentlichen einige Mehrheit bestanden, die mit ihrem Rechtssturz zum Wiederaufbau des Landes beigetragen habe. Die nüchterne, sparsame Politik der württembergischen Regierung habe die gesündesten Finanzen im ganzen Reich geschaffen und einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht (siehe Erwerbslosen in Württemberg 6000, in Baden 25 000!). Die vielfach überspannte Belastung der Wirtschaft wurde gemildert, die Interessen der Landwirtschaft weitmöglichst vertreten und sie von der Gebäudebesitzungssteuer befreit.

Neueste Nachrichten

Die Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau der Reichskanzlei

Berlin, 18. Mai. In Gegenwart des Herrn Reichspräsidenten fand heute, am Tage des 50jährigen Bestehens der Reichskanzlei, die Grundsteinlegung für ihren Erweiterungsbau statt. Der Einladung des Reichskanzlers waren neben den in Berlin anwesenden Mitgliedern des Reichskabinetts die Spitzen der westlichen und geistlichen Behörden und ein großer Kreis weiterer Gäste gefolgt. Reichspräsident von Hindenburg verlas die von ihm für den Grundstein vollzogene Urkunde, die folgenden Wortlaut hat: „Am heutigen Tag, an dem die Reichskanzlei ihr 50jähriges Bestehen feiert, vollziehe ich die Grundsteinlegung zu ihrem Erweiterungsbau. Mit Stolz und dankbarer Verehrung gedenke mir bei dieser Gelegenheit des Gründers und Schöpfers der Reichskanzlei, des Fürsten Otto v. Bismarck, des ersten Kanzlers des Reichs. Möge die auf den ersten Reichskanzler zurückgehende bewährte Tradition hingebungsvoller Arbeit am Vaterland, die in dem alten Gebäude vorbildlich gewahrt worden ist, auf das neue Haus übergehen! Und möge der alte Geist selbstlosen Dienstes für Deutsches Reich und deutsches Volk auch künftig die Reichskanzlei bei Erfüllung der ihr obliegenden hohen und verantwortungsvollen Aufgaben befehlen zum Segen unseres Vaterlandes und seiner Zukunft!“

Berlin, 18. Mai 1928

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg

Der Reichskanzler
gez. Dr. h. c. Dr. Marx

Darauf hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache. Mittags 11 Uhr veranordnete Reichskanzler Dr. Marx die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichskanzlei um sich, um des Tages zu gedenken, an dem vor 50 Jahren durch allerhöchste Kabinettsorder von Kaiser Wilhelm I. die Errichtung der Reichskanzlei verfügt wurde.

Der preußische Nationalfeiertagsantrag

Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat beschloß mit 46 gegen 19 Stimmen, den preußischen Nationalfeiertagsantrag schon am Dienstag in der Kommission zu beraten und am Donnerstag über den Antrag abzustimmen. Die Vertreter Bayerns und Württembergs hatten gegen die übereilte Behandlung des Antrags Verwahrung eingelegt, da er gegen die Geschäftsordnung des Reichsrats verstoße. Danach sind Vorlagen von weittragender Bedeutung, besonders solche, die Ausgaben mit sich bringen, frühestens drei Wochen nach dem Erscheinen zu beraten. Gegen die schleunige Beratung stimmten Bayern, Württemberg, Thüringen, Oldenburg und Brandenburg, Bremen enthielt sich der Stimme. — Der preußische Antrag will, daß der 11. August (Tag der neuen Verfassung) zum Nationalfeiertag erklärt werde, an dem die öffentlichen Gebäude in den neuen Reichsfarben zu beflaggen und in den Schulen Feiern veranstaltet werden sollen.

Verstärkung der Lage in China

Tokio, 18. Mai. Die japanische Regierung teilte Tschangtschun sowohl wie der Nanjing-Regierung mit, daß Japan mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung in der Mandschurei aufrechterhalten werde. Dies würde wahrscheinlich eine Befestigung der ganzen Mandschurei durch Japan bedeuten. Die japanischen Berichte stellen die Lage als äußerst kritisch dar, während englische Meldungen sie als weniger gefährlich erscheinen lassen denn früher. Die japanische Militärpartei verlangt, daß die Mandschurei und die Mongolei zu „neupolen“ Gebiet erklärt werden.

Württemberg

Die Entblutung der süddeutschen Länder

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Wohin die Zentralisation führt, die ihren Ausdruck in den Bestrebungen nach dem Einheitsstaat und der Aufhebung der bisherigen Selbstständigkeit der Länder findet, zeigt eine Eingabe, die die bayerischen, württembergischen, badischen und heilbrunnischen Sparkassen- und Giroverbände an die Regierungen in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt gerichtet haben. Diese Eingabe führt folgendes aus:

„Die unterzeichneten süddeutschen Sparkassen- und Giroverbände wenden sich an die süddeutschen Staatsregierungen mit dem gemeinsamen Ersuchen, gegen die vom Reichsfinanzministerium und von der Reichsbank neuerdings immer intensiver betriebene, für die süddeutsche Wirtschaft überaus nachteilig sich auswirkende systematische Konzentration der Reichsgelder Stellung zu nehmen und der aus der Zusammenballung dieser Gelder in Berlin entstehenden Entblutung der süddeutschen Länder entgegenzuwirken.“

Schon vor dieser Eingabe haben übrigens die süddeutschen Regierungen sich an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt, dafür zu sorgen, daß die in Süddeutschland aufgebrauchten Gelder in erster Linie der süddeutschen Wirtschaft zuzuführen seien.

Die Wahrheit über die Steuerentlastung in Württemberg

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

In der Wahlbewegung spielt auch die Abstimmung der württembergischen demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten zu jenen Reichssteuergesetzen eine Rolle, die es der württembergischen Regierung ermöglicht haben, vom Jahr 1927 ab die württembergischen Ertragsteuern um etwa ein Drittel zu senken. In die Mitteilungen des Staatspräsidenten hierüber in der Öffentlichkeit angegriffen worden sind, so sei folgendes festgestellt:

Der auf Württemberg entfallende Anteil der Biersteuer war nach Beendigung der Inflation vom Reichsrat und Reichstag auf höchstens 3,3 Millionen Mark festgesetzt worden. Mehr ließ sich damals nicht erreichen. Erst im Jahr 1927 erreichten die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden in Verhandlungen mit der Reichsregierung eine Erhöhung dieses Betrags. Durch das im letzten Reichstag durchgegangene Gesetz erhielt Württemberg im Jahr 1927 etwa 53 Millionen Mark mehr aus der Biersteuer als bisher. Gleichzeitig wurde durch Veränderung des Finanzausgleichs erreicht, daß das Reich den Ländern bestimmte Anteile an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer gewährleistete mit der Wirkung, daß auf Württemberg im Jahr 1927 ein Mehr von 8,2 Millionen Mark fiel. Die Länder waren dabei verpflichtet worden, den durch diese Bewährleistung erreichten höheren Betrag in erster Linie zur Senkung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu verwenden. Gegen die Erhöhung des Biersteueranteils und gegen die Gewährleistung des höheren Anteils Württembergs an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer stimmten die demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten auch aus Württemberg, wobei ihre Haltung durchgedrungen wäre, die im Jahr 1927 vorgenommene Steuerentlastung in Württemberg nicht möglich gewesen wäre.

Die Lasten wurden in gewissen Maßen auf tragbare Schultern, auf die Industriezentren abgewälzt, um dem Lande mit seinen geringeren Einkünften und als Geburtsstätte einer gelunden Schaffenskraft Lebensmöglichkeit zu geben. Trotzdem die Regierung von dem Gedanken geleitet war, zu sparen, seien die Fragen wirtschaftlicher und kultureller Art großzügig behandelt worden. Hierzu gehöre vor allem in kulturpolitischer Hinsicht auch die Förderung des ländlichen Schulwesens, die Unterstützung der kleinen Städte gegenüber einer oft unerfreulichen Entwicklung der Großstädte. Ein Beispiel für die Einstellung seiner Partei habe er durch die Unterstützung der hiesigen Latein- und Realschule, durch die Schaffung der 7. Klasse gegeben, denn einem provizialen Bürgertum, das man an und für sich so viel entnehmen müsse, solle ebenso das Recht der höheren Schulbildung wie den Städtern eingeräumt werden (siehe vorbildliche Haltung der Würt. Regierung in der Verteilung der Schullasten entgegen in Preußen). — Hierauf behandelte der Referent die Verhältnisse im Reich. Obwohl die Fraktion dort auch stark war, fehlte eine Mehrheit, die eine innerpolitische Gemeinschaft dargestellt hätte, denn Zentrum und Deutsche Volkspartei habe eine solche Arbeitsgemeinschaft nicht ermöglicht und dementsprechend könne man auch die Verantwortung nicht allein auf die D. V. P. legen. Die Regierung habe im Reich wieder Ordnung geschaffen und eine wirtschaftliche Gesundung ermöglicht; dadurch sei ein selbstverständliches Staatsbewußtsein wieder aufgelebt. Dank der positiven Arbeit der D. V. P. — Opposition sei seiner Partei schon immer etwas Widernatürliches und Unmögliches gewesen — wurde die schwere Wirtschaftskrise von 1924 überwunden, die Finanzreform 1925 und die Sozialgesetzgebung 1927 durchgeführt. Das beste Zeugnis für die Leistung eines rechtsgerichteten Reichstages habe erst lezhin der auf dem linken Flügel des Zentrums stehende Erkelenz abgegeben; indem er vom „Reichstag des Wiederaufbaus“ sprach, ebenso wie Marx jagte, daß „in diesem Reichstag gearbeitet worden sei, wie in keinem anderen.“ Im folgenden entwickelte der Referent ein Programm der Zukunft, in dem er drei Gebiete unterschied: das Gebiet des staatlichen Wiederaufbaus, das des geist-sittlichen Inhalts des staatlichen Lebens und das der Geltendmachung des Staates nach außen. Zum staatlichen Wiederaufbau stellt er folgende Forderungen: Schaffung eines eigenen Reservekapitals für unsere Wirtschaft, Senkung der übersteigerten Realsteuern, Verbilligung der öffentlichen Verwaltung durch Abbau belastender Ausgaben, keine weitere Übersteigerung sozialer Fürsorge und Einstellung eines schematischen Beamten- und Verwaltungsabbaues. In ausführlicher Weise ging der Redner dann auf den Einheitsstaat ein, den er völlig verwarf, indem er darauf hinwies, daß man geschichtlich Gewordenes nicht mit Gewalt zerstören dürfe, daß hierdurch keine Kostenverbilligung, sondern nur eine Verumständlichung des Verwaltungsapparates eintrete und lediglich zum Schaden des Landes und seiner Kultur zentralisiert werden könnte. Ebenso lehnte Roos die Aufteilung der Oberämter mit Entschiedenheit ab und setzte sich für die Erhaltung der Oberamtsstädte als Zentren bürgerlicher Kultur ein. Bei den Fragen der Außenpolitik rügte der Referent, daß Stresemann zu früh die Trümpfe aus der Hand gegeben habe, ohne damit stehen zu können. Erreicht bzw. erhalten habe man nichts oder nur wenig bei all den Verträgen und man dürfe und müsse fordern, daß bei außenpolitischem Handeln nicht feilsche Werte gegen problematisch-diplomatische Vorteile eingetauscht würden. Weiter noch eingehend auf die unsachliche, unbegründete und unverständliche Bestämpfung des Keudell'schen Schulgesetzwerfes durch die D. V. P., der z. B. billiger als alles andere gewesen sei, bedauert er, daß die D. V. P. Wirtschaft- und Staatspolitik mit Rechts- und Außen- und Kulturpolitik mit Links machen wolle. Von der politik forderte Abg. Roos, daß sie eine konsequente, feste und beherzte Haltung des Volkes stärke und wünscht, daß das deutsche Volk am Tag nach dem 20. Mai erwachen und ihm aus dem Wahlergebnis ein „Hie gut Württemberg alle Wege“ und ein „Deutschland, Deutschland über alles“ entgegenleuchten möge. — Freudiger Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gespendet und er darf wohl sicher sein, durch seine Persönlichkeit schon alleine neue Freunde gefunden zu haben.

Sozialdemokratische Wahlversammlung

Zu einem Schlußappell hatten sich gestern Abend die politischen Nachkommen Bebels im „Löwen“-Saal versammelt. Gemessen am Grad der Wahlmüdigkeit war die Versammlung einigermaßen gut besucht. Der hiesige Parteivorstand, Herr Gemeinderat S. G., begrüßte die Erschienenen gegen 9 Uhr und erteilte dem Referenten, Herrn Oberlehrer K. S. L. Münster das Wort. Herr Közle ging von einem Worte des großen Philosophen Fichte aus, der einmal schrieb: „Wenn in einem Staat eine ganze Bevölkerungsjacht, oder auch nur einzelne, Mangel an Glückseligkeit leiden zu Gunsten anderer, die sich durch deren Arbeit bereichern, so ist das kein Staat, sondern die Bemäntelung der Tyrannei.“ Auf dieser Plattform stände auch die Sozialdemokratie. Von einem Volksstaat sei man noch weit entfernt. Schon der Kampf um das 8. Schuljahr, das Gesetz sei, beweise, wie man in Württemberg Kulturpolitik treibe. Wenn Arbeiter um einige Pfennige Lohnerhöhung streiten würden, sei dies in den Augen der Deutschnationalen und Bauernbundspartei ein Verbrechen, wenn man aber Schulkinder zum Schulstreik auffodere,

wäre das ganz in Ordnung. Der würt. Etat für Volksschulen betrage 11 Millionen, der Polizeietat dagegen 17 Millionen! Mit der Rückständigkeit des würt. Schulwesens hänge das Elend der Junglehrer und das Fehlen der Aufbauschule innig zusammen. Die Gemeinschaftsschule für die Poletarier lehne man ab, während man seine Kinder ohne Bedenken in die simultanen Mittel- und Hochschulen schicke und dabei scheinheilig von der „Volksgemeinschaft“ spreche. Dabei würde die Einführung der Konfessionsschule im Reich 500 Millionen kosten! Was die religiöse Frage betreffe, so wende man sich in soziald. Kreisen lediglich gegen den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. Immer, wenn es an den Geldbeutel gehen würde, wäre „die Religion in Gefahr!“ Die Sozialdemokratie wolle lediglich Trennung von Kirche und Staat, wie dies in Amerika und in der Schweiz durchgeführt sei und dort sei keinem Menschen die Religion zu politischen Zwecken. Solche wäre lediglich Herzenssache, die man weder nehmen noch sehr leicht geben könne. Auch von einer Abschaffung der Ehe könne bei seiner Partei keine Rede sein. Wenn Christus heute wiederkäme, würde er sicher denen nicht Recht geben, die lediglich — und besonders bei den Wahlen — ihr Christentum nur in der Kirche zeigen. Daß die Kirche nicht zum Volk hielt, hätte sie bei dem großen Ringen im Weltkrieg und anlässlich der Fürstenabfindung bewiesen. Wenn sie damals auf Seiten des armen und geknechteten Volkes gestanden hätte, wäre uns viel Elend erspart geblieben. Das sei der Glaube der breiten Masse. Daß diese nicht etwa feindlich der Kirche gegenüber stünde, beweise die große Bewegung der religiösen Sozialisten mit ihrem unerschrockenen Führer, Pfarrer C. E. r t, früher in Weersburg, jetzt in Mannheim. Zur Innenpolitik übergehend, betonte Redner, nach einem historischen Rückblick bis in die Zeit von 1917, daß, wenn man Rußland einen annehmbaren Frieden gegeben hätte, uns der „Hindenburgfrieden“ erspart geblieben wäre. Der „Schiedemann-Friede“ wäre sicher lang nicht so schlimm gewesen, wie der Versailler Frieden. In den letzten Wahlen sei man mit dem Schlagwort „Barmat“ freiben gegangen, aber der Ruhrstandal mit dem 700-Millionen-Geschenk an die „armen“ Ruhrindustriellen sei sicher noch viel größer gewesen und auch der Rhöbus-Standal sei keine Kleinigkeit. Die Inflation sei lediglich eine Folge der von der rechts gerichteten Ruhrindustrie gewollten Ruhrbesetzung gewesen. Alle Minister, wie Erzberger und Rathenau, die dem Geldbeutel wirklich nahe treten wollten, hätten ihre Ideen mit dem Leben bezahlen müssen, andere, wie Reichspräsident Ebert hätte man mit Verleumdung etc. überschüttet. Ebert, der Volksmann, hätte 54 000 Mk. Gehalt bezogen, Hindenburg bekäme jedoch 180 000 Mk. „Wilhelms Nachlaß“, die ehem. Offiziere, bekämen rund 240 Millionen. Die Sozialdemokraten hätten beantragt, daß die Höchstpension Mk. 12 000.— nicht übersteigen dürfe, doch sei dieser Antrag in den Reichstagspapierkorb geflogen. Die Durchschnittsrente eines Offiziers betrage Mk. 5 000.—, ein Kriegsbeschädigter erhalte durchschnittlich jedoch nur Mk. 600.—. Unter den 104 hohen Zivilpensionisten wären nur 13 Sozialdemokraten, von denen nur 3 Pension bezögen. Bei den Steuern würden die Proletarier 70%, die Besitzenden nur 30% aufbringen. An vielen drastischen Beispielen zeigte der Redner, wie in punkto Gewerbe- und Einkommensteuer in industriellen Kreisen nicht entsprechend den Lohnsteuereinzählenden „gebildet“ wird. Auch in der Sozialpolitik geißelte Redner das Verhalten der Rechtsstehenden Parteien, die den Arbeits- und Wohnungslosen nicht die menschliche Achtung entgegenbringen würden. Zum Schluß betonte der Redner, daß die Sozialdemokraten nicht mit Gewalt, sondern auf politisch-parlamentarischem und wirtschaftlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen will, und wer an der Hebung der schaffenden Stände am Besten mitarbeiten wolle, stimme am 20. Mai für Nummer 1! Brauender Beifall wurde dem Redner, der sich in streng sachlichen, klar verständlichen Bahnen hielt, zuteil. In der anschließenden Diskussion wurde von „wilder“ Seite das Richtige auf sozialdem. Seite unterstrichen, die Vorzüge des Nachbarlandes Baden hervorgehoben und einige Wege, die die Sozialdemokratische Partei ging, kritisiert. Herr Ig kam dann auf Nagolder Verhältnisse zu sprechen und Herr Közle gab in seinem Schlußwort interessante Einblicke in die heutige Gemeindepolitik. Gegen 11 Uhr war „Schluß der Wahlvorstellung“ der Linken — und — nun: „Geht hin, prüfet alles, und das Beste wählet!“

Feste und Veranstaltungen

- Saiterbach**
Samstag
8 Uhr: Wahlversammlung d. Deutschnationalen (Würt. Bürger-) Partei im „Löwen“ (s. Anzeige S. 7)
 - Nagold**
Sonntag
7 Uhr: Frühlingsfeier der Kinderkirche auf Hohen-Nagold.
½2 Uhr: S. V. N. Sportplatz: Nagolder Jugend — Calwer Jugend; anschließend Lebungsspiel Alte Herren komb. — Aktive komb. (s. Anzeige S. 11)
 - Mödingen**
ab 8 Uhr: Volksfest des F. V. Mödingen auf dem Sportplatz am Kreuzacker (s. Anzeige S. 11)
- Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten, hiezu die beifolgende illustrierte Beilage „Feierstunden“.

Löwen-Lichtspiele

Heute und morgen läuft in den Löwenlichtspielen ein Film der von der Bildstelle als Lehrfilm anerkannt worden ist. Das Werk „... bis ins dritte und vierte Glied“ mit dem Untertitel „Die Liebe und ihre Gefahren... Entstehung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ ist ein Volksfilm, der unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Oberarzt Universitätsprofessor Dr. med. Julius Mayr geschaffen wurde. Es soll hierdurch der Unwissenheit auf allen diesen Gebieten gesteuert werden, denn Unwissenheit ist Schuld. Alles Nähere konnte jeder Interessent aus dem einem groß. Teil unserer gestrigen Auflage beigelegten Flugblatt der Löwen-Lichtspiele entnehmen. Neben diesem Aufklärungs-film wird ein solcher gedreht „Gesunde Leibesübungen“, der ebenfalls als Lehrfilm von der Bildstelle anerkannt wurde und folgendes zeigt: Skilaut auf der Sprungchanze — Tennissport — Faltbootfahrt — Fußball auf Motor-rädern — Geschicklichkeitsfahrt auf Motorrädern — Floß-fahrt — Skifahrer im Hochgebirge — Felsenkletterer. Es sollte sich keiner vor dem Thema des ersten Filmes „genieren“ und mit dem Willen, etwas zu lernen, die Filme besuchen.

Tuberkulosenprechstunde

Die Eltern und Erziehungsberechtigten von erholungsbedürftigen Kindern werden darauf aufmerksam gemacht, daß nächsten Montag zum letztenmal Gelegenheit gegeben ist, dieselben dem Oberamtsarzt vorzustellen und zu einer Kur anzumelden. Siehe Inserat in der heut. Nummer.

Letzte Nachrichten

Dr. Strejemanns Stellvertretung

Berlin, 19. Mai. Staatssekretär v. Schubert trifft Ende der Woche in Berlin ein und wird voraussichtlich am Montag die Geschäfte des Auswärtigen Amtes in Stellvertretung für den erkrankten Außenminister übernehmen.

Erste Sensation im Moskauer Prozeß. — Die Anträge der Verteidigung ohne Begründung abgelehnt

Kowno, 19. Mai. Nach einstündiger Beratung des Gerichtshofs verkündete der Vorsitzende mit lakonischer Kürze, daß sämtliche Anträge der Verteidigung auf Heranziehung neuer Zeugen abgelehnt worden seien, da diese Zeugen nichts Neues ausagen könnten. Nur vier gänzlich belanglosen Anträgen wurde stattgegeben. Auch Anträge der Verteidigung auf eine Untersuchung des Geisteszustandes der Angeklagten Babstieber und Baskin wurden abgelehnt. Sämtliche Anträge des Staatsanwalts dagegen wurden angenommen. Dieser Gerichtsbeschuß stellt die erste Sensation des Moskauer Prozeßes dar. Es besteht der Eindruck, als ob das Gericht Jurist vor den Entlastungszeugen habe. Die Abenditzung stand im Zeichen eines Massenauftretens von Belastungszeugen. Bemerkenswert war, daß weder die Anträge der Verteidiger der deutschen Angeklagten, noch die Erwiderungen des Staatsanwalts Krnlenko zum Verständnis der deutschen Angeklagten überseht wurde, ebensowenig der Gerichtsbeschuß. Die Sitzungen werden täglich bis 10 Uhr abends dauern.

Sendefolge der Südd. Rundfunk A.-G. Stuttgart

- Sonntag, 20. Mai:
- 11.00: Musikalische Morgenfeier (Mannheim). Anschließend: Bromenabkonzert (Stuttgart). Anschließend: Schallplattenkonzert. 15.00: Märchenstunde. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Zeitangabe. Sportfunkdienst. 18.15: Vortrag von Prof. Dr. W. Kogel: Wege zur neuen Musik. 11. 18.45: Negitationsstunde. 19.15: Vortrag: Gesehigkeit in Vergangenheit und Gegenwart. 19.45: Zeitangabe, Sportfunkdienst. (Während der ganzen Nacht werden halbstündlich die Wahlergebnisse bekanntgegeben.) 20.00: Feiertagshunter Abend. Anschließend: Konzert.

Sport

Eröffnung der 9. Olympiade

Die 9. Olympiade wurde am 17. Mai in Amsterdam im neuen Stadion mit dem Olympischen Holenturnier eröffnet. Auf der Ehrentribüne hatten Prinz Heinrich der Niederlande und die offiziellen Vertreter der teilnehmenden Staaten, darunter für Deutschland der Präsident des Ausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär a. D. Dr. L e w a l d und Dr. D i e m Platz genommen. Im ersten der vier heute ausgetragenen Spiele siegte Holland gegen Frankreich mit 5:0; im zweiten Spiel errang Dänemark über die Schweiz einen Sieg 2:1; der Favorit des Turniers Indien siegte über Desterreich mit 6:0; im letzten Spiel blieb Deutschland gegen Spanien mit 5:1 siegreich.

Fußball

Am kommenden Sonntag sieht man hier wieder einmal die Calwer Jugend auf unserem Platz. Man darf gespannt sein, wie sich unsere Jugend gegen ihre guten Gegner aus Calw halten wird. — Anschließend an dieses Spiel wollen sich auch die „Alten Herren“ einmal zeigen in einem Lebungsspiel mit Aktiven.

Beilage-Hinweis

Unserer heutigen Nummer liegt ein Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei bei, das wir der Beachtung unserer Wählerschaft bestens empfehlen.

Das Wetter

Die Wetterlage hat sich wenig geändert. Für Sonntag und Montag ist immer noch zeitweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Boranzzeige

Großer Räumungs-Ausverkauf

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gebe ich von Mittwoch, den 23. Mai ab bis auf weiteres bei meinen sämtlichen Herrenstoffen ■ Anzügen ■ Mänteln ■ Hosen ■ Westen ■ Windjacken ■ Zuppen und Mützen

10 bis 30 Prozent Rabatt.

Fernruf 116. **Christ. Theurer, Herren- und Knabenkleidergeschäft, Nagold** Bahnhof-Strabe.

Ueber das I Schreiners in 1928, vormitt eröffnet. Konf in Wiltberg. forderungen b schluffassung i walters, Bestel die in SS 13 stände, sowie Freitag, den 1 bei Gericht. beim Kontur

5 M sofort für Jean Wa



Was ge Du wäh 2108

Bekannt lte Steuern diese Ueber

um der geha wurde es erm

So sich jagt „on ihret

Da Freun Wer d und des St

Deu

der Re D 2108

Amtsgericht Nagold.

Ueber das Vermögen des Christian Großmann, Schreiners in Schönbrunn, wurde am 18. Mai 1928, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Bezirksnotar Knobel in Wildberg. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bei Gericht bis 5. Juni 1928. Beschlusfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses und die in §§ 132—134 R. O. bezeichneten Gegenstände, sowie allgemeiner Prüfungstermin am Freitag, den 15. Juni 1928, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Gericht. Offener Arrest mit Anzeigepflicht beim Konkursverwalter ist bis zum 5. Juni 1928.

5 Malergehilfen
 sofort für Neubauarbeiten gesucht. (183)
 Jean Walz, Malermeister, Nagold



Indanthrenfarbige Tephirkleider
 das flotteste und billigste
 »Kleid des Tages«
 in grosser Auswahl!
 Hauptpreislagen:
 M. 2,50, 4,50, 6,50
Eugen Schiler
 Abt. Konfektionshaus unt. Marktstr.

Was gehen dich die andern an
 Du wählst wie Gustav Stresemann —
Liste 4.

Nur 2 Tag!

Unwideruflich zum letzten Mal!

Probewaschen mit dem Waschteufel

Der Waschapparat mit dem man nur noch wäscht!
 Kein Waschtrichter!

am Montag und Dienstag, nachmittags 1/4 4 Uhr und abends 8 Uhr im „Trauben“-Saal in Nagold

Kein Waschtrichter, sondern die beste Erfindung, die jemals auf diesem Gebiete gemacht wurde.
 — Preis 15 Mk. —

Hausfrauen von Nagold und Umgebung!

Haben Sie immer noch Bedenken über die tatsächlichen Leistungen des Waschteufels, so besuchen Sie unser Probewaschen und Ihr Misstrauen verwandelt sich schnell in Begeisterung. Trotz unserer Zusicherung, daß Apparate, wo sie nicht den Ausführungen wie beim Probewaschen entsprechen, wieder zurückgenommen werden, durste bis heute noch nicht einer zurückgenommen werden, sondern findet überall best. Lob u. Anerkennung u. infolge der dauernden Nachfrage geben wir am hiesigen Platze nochmals ein letztes Probewaschen um es jeder Hausfrau zu ermöglichen, sich ebenfalls diesen billigen Waschteufel zum Ausnahmepreis von 13,50 Mk. anzuschaffen. 2989

Der Waschteufel kann auch zur späteren Lieferung bestellt werden, mit einer Anzahlung von 2 Mk. und kostet dann nur 14 Mk. Wir bitten, bringen Sie schmutzig Wäsche, wir waschen in 6 Minuten 10—12 Hemden. Diese tatsächliche Leistung ist wohl die beste Reklame.

Kein Reiben, kein Bürsten, keine scharfen Waschmittel mehr!
 Schmutzige Wäsche ist mitzubringen.

Vom Waschteufel.

Trotzdem ich mir bei den letzten Probewaschen auch einen Waschteufel gekauft habe, hatte ich doch etwas Misstrauen an meinem Waschtage, aber dieser kleine, billige „Waschteufel“ vollbringt tatsächlich Wunder und derselbe ist zu meiner vollen Zufriedenheit ausgefallen und kann denselben nur jeder Hausfrau aufs beste empfehlen.

Frau Oberlehrer Auer, Dinstmettingen

Ein ernstes Wort in letzter Stunde!

An unsere evangelischen Volksgenossen!

Wir stehen wieder einmal vor wichtigen Landtags- und Reichstagswahlen. Wir haben wieder unsere Stimme abzugeben und uns zu entscheiden. Zum ersten Male tritt bei den Wahlen eine rein evangelische Partei auf, der Christliche Volksdienst. Und doch, lieber Mitbürger, wenn Du nachdenklichen Sinnes und mit offenen Augen die Dinge betrachtest, wie sie in Wirklichkeit sind, dann wirst Du uns recht geben müssen, wenn wir sagen, daß das Hinzutreten einer neuen Partei für uns Christen keine Erleichterung, sondern eine Erschwerung und in vielen Fällen eine ernste Gewissensnot bedeutet.

Warum, so fragen sich viele ernste Christen in unserm Volk, ist der Christl. Volksdienst nicht das geblieben, was er eigentlich hätte sein sollen, warum ist man nicht bei der ursprünglichen Form des Christenbundes geblieben? Was für eine segensreiche und aussichtsreiche Sache hätte das werden können und werden müssen.

Und nun? — Der Christl. Volksdienst ist Partei geworden. Statt auf hoher Warte zu bleiben, ist er hinuntergestiegen in die Niederungen des Parteigezänks und was das Schlimmste ist, unsere ganze Gemeinschaftsbewegung, unsere Vereine sind durch ihn hineingezogen worden in den Kampf der Parteien.

Spürst Du nicht die innere Unruhe, diese Agitation, diese Hast, wie es keine andere Partei an den Tag legt? Landau — Landau wird unter dem Mantel des Christentums, in christlichen, der Erbauung gewidmeten Versammlungen und Versammlungshäusern gearbeitet; kein Wunder, daß sie den Bestand der Gemeinschaften, natürlich ohne daß sie es wollen, durch ihre Agitation zu zersprengen drohen.

Sie gründeten den Volksdienst als Gegenmittel gegen die Parteien, ihre Parteiherrschaft und Parteiduldigkeit. Wir fragen uns aber: ist der Volksdienst frei von alledem gewesen? Ist er wirklich die einzige Rettung, die er zu sein vorgibt?

Und ist es nicht ein Unrecht, wenn die Zeitschrift: „Der Christliche Volksdienst“ beinahe in jeder Nummer eine große Rechtspartei angreift und über sie zu Gericht sitzt? Oder ist es besonders fein und brüderlich, wenn ich von jemanden immer nur das bringe, was ich Anstößiges an ihm finde und nie auch nur ein gutes Wort der Anerkennung über seine Leistungen. Ist es nicht auch Parteitaktik, wenn ich sachlich unvollständige Berichte bringe, die in dieser Aufmachung eine falsche Darstellung geben wie bei dem Bericht über die Alkoholabstimmung im Reichstag?

Dr. lic. Mumm sagte darüber in Ludwigsburg: Es ist geradezu unerhört, daß der C. V. einen solchen Bericht bringt, es ist eine herabsetzende und harte Bekämpfung, es ist ein direktes sittliches Unrecht an der deutschnationalen Volkspartei.

Und das nennen die Führer vom Christl. Volksdienst:

„Brücken bauen zum andern Volksteil“.

Sollen wir weiteres aufzählen? Ist nicht auch das immer wieder so auffällig betonte Gebet am Anfang der Wahlversammlungen und das Schlußlied: Die Sach ist Dein, Herr Jesu Christ, in Wirklichkeit eine eigenartige Sache? Ist sich der Volksdienst so klar darüber, daß es „Jesu Sache“ ist, die er betreibt? Hätte wohl Jesus eine politische Partei gegründet, um seine religiös-sittlichen Forderungen durchzusetzen?

Und nun fragen wir uns, was erreicht der Christl. Volksdienst in Wirklichkeit durch sein eigenartiges Vorgehen? Er zerschlägt die uns von Gott geschenkte starke Rechte in Land und Reich, er verdächtigt den christlichen Wählern so sehr die Rechtsparteien, daß er unbewußt oder bewußt, wer weiß es, eine Wahlenthaltung bewirkt und damit die Linksparteien stützt und stärkt. Der Christliche Volksdienst hat damit eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen.

Wir fragen darum noch einmal in letzter Stunde:

Könnt Ihr es, wollt Ihr es verantworten,

wenn durch die Art Eures Vorgehens, jetzt, wo alles auf des Schwertes Schneide steht, die Rechte geschwächt würde, daß wir wieder Linksparteien bekommen würden mit all den Folgen, wie wir sie in den Inflationsjahren am eigenen Leib verspürt haben und noch verspüren, oder wie wir es heute noch in Preußen sehen, wollt Ihr dazu die Hand reichen und Euch schuldig oder auch nur mitschuldig machen am völligen Untergange des deutschen Volkes?

Nein dieses Experiment könnt Ihr nicht wagen um ein paar christlicher Politiker willen,

die ihren Willen den andern aufzwingen wollen. Nicht schöne Worte und fromme Redensarten sollen uns betören, dazu sind wir schwäbischen Christen viel zu nüchtern, sondern wir wollen die Parteien unterstützen, die seither gekämpft haben für Erhaltung eines christlichen deutschen Volkstums.

Wir wählen Liste 2 Deutschnationale (Württ. Bürger-) Partei

Die Reichstagskandidaten der

„Bürger“- u. „Volks“-Parteien

- Deutschnationale: 17 Beamte, 6 Gutsbesitzer, 3 Handwerker und Gewerbetreibende.
- Volkspartei: 17 Beamte, (höhere) 2 Landwirte, 1 Handw.
- Zentrum: 16 Beamte, 2 Landwirte, keine Gewerbetreibende und Handwerker.
- Demokraten: 14 Beamte, 1 Handwerker (an 12. Stelle) kein Gewerbetreibender.

ziehen Beamte im Reichstag ein, so werden sie beurlaubt, beziehen das Gehalt weiter und noch Diäten dazu.

Mittelständler, begreift ihr bald, wer bei den sog. großen Parteien das Heft in der Hand hat (von der Linken ganz abgesehen)? Begreift Ihr, daß sie eine Besoldungsvorlage durchgedrückt haben, die dem höheren Beamten mehr Aufbesserung verschafft hat, als der kleine Gehalt bekommt? Glaubt Ihr, daß sie den Apparat vereinfachen und uns die Bleigewichte von den Füßen nehmen?? Wenn Ihr das glaubt, ist Euch nicht mehr zu helfen und Ihr seid zum Untergang reif!

Seht Ihr's aber ein, so ist es nie zu spät, bringt am 20. Mai

jede verfügbare Stimme der

Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Liste 9)

(Kandidaten: 23 mittelständische Erwerbstätige, 1 Beamter)

Tatsachen.

Bekanntlich hatte die württbg. Rechtsregierung als Ausgleich für entgangene Bier- und sonstige Steuern einen jährlichen Mehrbetrag von 13 Millionen vom Reich erhalten. Gegen diese Ueberweisung stimmten die württbg. Demokraten und Sozialdemokraten, offenbar

nur in blinder Parteiwut

an der gehähten Rechtsregierung keinen Erfolg zukommen zu lassen. Mit Hilfe dieser 13 Millionen wurde es ermöglicht, die Gewerbesteuer um 3% von 8 auf 5% zu senken.

Das sollte hintertrieben werden.

So sieht in Wahrheit die Freundschaft der Demokratie für das Gewerbe aus. Ein altes Wort sagt „an ihren Werken werdet ihr sie erkennen“. Hier haben wir so ein Werk.

Das ganze Geschrei der Demokratie von Freundschaft fürs Gewerbe ist Lug und Trug.

Wer darauf hereinfällt unterstützt die Partei und die Macht der Berliner Großfinanz und des Subentums.

Wählt deshalb Deutschnationale Volkspartei 2.

Die Partei der Reichsgründung wurde zur Partei der Reichserhaltung und soll werden zur Partei der Reichserneuerung. —

Darum wählet deutsche Volkspartei Liste 4.

kauf

in sämtlichen und Mützen

old Bahnhof- Straße.

Wer ist national ?

Nicht, wer große Reden führt, sondern wer mit dem Mut der Verantwortung in die vorderste Linie tritt, um dem Vaterland zu dienen, ohne Rücksicht auf parteipolitischen Vorteil.

Das tut Dr. Stresemann und die deutsche Volkspartei.

2106

Das Beste
ist für Ihren wertvollen Wäschevorrat



gerade
gut genug:

Ozonil

Das schnelle und selbsttätige Waschmittel

Mit Recht klagen viele, daß man sonst nur das Parteiprogramm wähle.

Der kluge Wähler

will, daß ein Sohn des Bezirks, ein Mann von echtem Wesen, der den Bezirk und die Sorgen seiner Wähler kennt, auch dessen Abgeordneter werde und

wählt seinen Schultheiß Rath Liste 4 Deutsche Volkspartei!

Warum haben Sie noch nicht bestellt?

fragen Sie: Ihre Verwandten Ihre Bekannten Ihre Nachbarn über unsere Lieferungen und Sie werden sofort bestellen.

- Wir geben ab nur an Private
- 1 Dtzd. Herren-Taschentücher ca. 42/42 cm, mit buntem Kante..... für nur Rm. **1.60**
- 1 Dtzd. Damen-Taschentücher Macco mit Hohlsaum..... für nur Rm. **1.60**
- 1 Dtzd. Handtücher gute Qualität, ca. 46/100 cm für nur Rm. **2.40**
- 1 Dtzd. Wischtücher blau oder rot kariert, 50/50 cm für nur Rm. **2.40**
- 1 Tischgedeck in verschiedenen Farben mit dezenten Streifen, merc., Decke 130/180 cm mit 6 Servietten ca. 30/36 cm..... für nur Rm. **3.95**
- 1 Bettwäsche-Garnitur Streifen satin, Extra-Angebot, bestehend aus 1 Bezug ca. 130/200 cm, 2 Kissen ca. 80/90 cm..... für nur Rm. **8.95**
- 1 Bettwäsche-Garnitur aus bestem Linon, bestehend aus: 1 bestickten Bezug ca. 130/200 cm, 1 glatten und 1 bestickten Kissen ca. 80/80 cm oder 1 Garnitur mit Richeleukissen..... für nur Rm. **10.00**
- 1 Uberschlaglaken in wunderbaren Dessins mit Binsatz oder bestickt, prima Ia Linon Gr. 150/280 cm für nur Rm. **7.95**

Nr.	Preis per Meter	Brotte	Rm.
524	Boheretonne, gute Qualität.....	78	-39
528	Finet, fein Barchent, gut geräuhert, schöne Qual.	70	-75
530	Hemdentuch, feinfädige Ware, gute Qualität	80	-56
539	Bettzeug (Züchen), gute Qualität, in rot / oder blau.....	130	-63
541	Bettzeug, geblümt (Couverture), gute Quali- / tat, schön gemustert, in allen Farben.....	150	-107
543	Bett-Damast, gute Qualität in dezenten / Mustern.....	130	-112
		130	-155

Bestelle sofort! Bestelle sofort!

Wenn Ware nicht entspricht, zahlen wir den Betrag mit Spesen zurück. Versand erfolgt per Nachnahme - Versandspesen zum Selbstkostenpreis.

Taschentücher, Handtücher, Wischtücher werden an den einzelnen Kunden nur je 1 Dutzend abgegeben. Verlangen Sie unseren Katalog, Sie erhalten ihn kostenlos. Mechanische Weberei Härtner & Co. Hof in Bayern

Der Kern des deutschen Bürgertums ist von jeher der Mittelstand — die deutsche Volkspartei ist der Mittelpunkt und Kern deutscher Politik.

Drum wählt der Mittelstand nur die deutsche Volkspartei,

die Partei der sachlichen, verständigen Leute und der vaterländischen Arbeit. **Liste 4.**

2105

2100 Rotfelden, 18. Mai 1928.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während dem Kranksein und dem Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Martin Ungericht

sowie für die zahlreiche Beichenbegleitung von hier und auswärts, den erhebenden Gesang des Gesangsvereins, für die vielen Kranzspenden sagen herzlichsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Die praktische und billigste



Kinder-Bekleidung FÜR DEN SOMMER SIND ECHTFARBIGE WASH-KLEIDER in entzückenden Neuheiten u. großer Auswahl zu haben bei Eugen Schiler.

Welcher Detailreisende

nimmt noch einen guten Artikel gegen hohe Provision mit? Angebote mit Angabe des mitführenden Artikels unt. Nr. 2099 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Die Nationalsozialisten

sind von Juden frei, Drum wähle nicht die Volkspartei, Willst Du einmal die Freiheit sehr

Dann wähle Liste Nr. 10,

Denn dort sind wackre deutsche Männer Und keine Juden und Stressemänner.



Samstag u. Sonntag Mehlisuppe mit Bier frisch vom Faß.

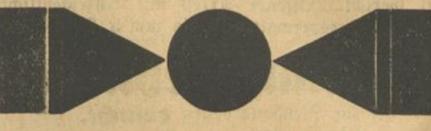
Albertine Barth z. „Linde“ Ebhausen

Kurhaus „Waldlust“

Sonntag, den 20. Mai, von nachm. 3 Uhr ab

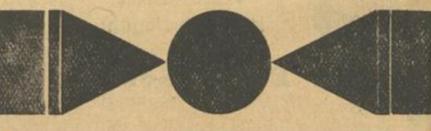
Tanzunterhaltung

Es ladet höflichst ein Karl Frey.



Diejenigen Wähler, die an der demokratischen Krankheit leiden, werden nur geheilt, wenn sie wählen

Liste Nr. 10.



50-60 Zentner gut eingebrachtes

Wiesenheu

zu kaufen gesucht. Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Lüchtiges (162)

Rüchennädchen

welches nebenbei gründlich das Kochen erlernen kann, sofort gesucht. Gute Behandlung, Gehalt nach Uebereinkunft Angebote an E. Wittum, Koch, Restaurant a. „Grünen Au“, Untere Au Nr. 1, Pforzheim.

Suche fleißiges, kräftiges

Mädchen

für Küche u. Haushalt, das mithilft beim Servieren, bei gutem Verdienst. Eintritt möglichst bald. (160)

Karl Käp, Restaurant Lorelen, Schwenningen a. N. Telefon Nr. 669.

Gesucht ein anständ., ehrliches (161)

Mädchen

ohne Dubiokopf. Eintritt kann sofort erfolgen. Saalbau zum Adler, Springen b. Pforzheim.

Regolb. 2088

Schönen Kopfsalat,

Gurken

und Tomatenpflanzen

aus Tüpfen empfiehlt R. Broghammer Gärtner, Calwerstr.

Bibeln

vorrätig bei Buchhandlg. Zaiser

Abblirtes 2108

Zimmer

zu vermieten. Marktstr. 33, Baden.



Heute Sing-Kunde Männerchor.

Alte und junge Wähler und Wählerinnen!

Seid Euch Eurer Verantwortung für Reich und Land vor Eurem Gewissen und Euren Kindern bewußt!

Wenn Ihr nicht zur Wahl geht, habt Ihr die Linksregierung. Daher heißt es handeln! Recht handeln, recht wählen, das heißt: rechts wählen!

Deshalb wählt für Reichstag und Landtag die Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei)!

Wählt Liste 2!

(164)

Am... Mit d... Feie... Begungspr... A 1.800... jedem... D.A.-Beg... Verlag... Telegramm... Nr. 117... Das Abg... geleh angen... Rückgabe der... Die engli... vorschlag wu... fon übergeb... von England... worden... Aman M... iff auf einem... fäguna gestell... Bol... Resolute Ba... Bürgerkrieg... Sowjet-Unio... alles treib... „Wir sch... uns Kraft g... zu geben. G... schwören, ein... eine Mutter... fassen soll.“... burger Mari... gemessen sein... Händen diese... Weise gelobt... deren Ern... Sterbebett d... Sturz zu fü... des Vaterlan... lichen Mittel... „Nationale U... Nationalverf... So etwas... wäre zu ver... treten würd... Beharrt sie... Bürgerkrieg... Weltkrieg jo... In der A... das einen h... gutes Stück... U n e i n i g l... Parlamentar... in einer En... fogen. Verst... der Deutsch... Willens der... Was hat... an Schaben... sonst nicht a... lischen Finan... erhö h u n g... fuhr des b... geführten is... Aktivität der... wille gegen... B e n e s c h, d... bei seinem... Wirkungen... Politik“ für... Der D o r... vielen Woch... ist er verchof... fertiggestellt... Grubenbesitz... Deutsche... nicht nur So... mit diesem A... gegen die So... zu seien ihne... worden. Die... das Jahr 19... Schon da... schlagender A... der Massen“... welcher übri... Aufhebung d... i chent hat... lich ist die an... Abteilung de... B l e i m a n... nämlich über... Emigranten... tin, unterrich... russischen Ab... Otto und d... Berschwörung... angelehnen... entbehrt so fe